

Stellungnahme zur „ökologischen Nachhaltigkeit“

Erfolgreiche gesellschaftliche Entwicklungen können nur gelingen, wenn alle damit in Zusammenhang stehenden Prozesse ganzheitlich betrachtet werden. Nachhaltig können sie nur dann sein, wenn alle Wirkungsrichtungen gleichermaßen berücksichtigt werden.

Ganzheitliche Betrachtungen sind m. E. immer im Zusammenhang stehende: globale und regionale, lang-, mittel, und kurzfristige, die Ressourcenverteilung auf der Erde beachtende, gesamtgesellschaftliche Interessen (nicht nur individuelle und Gruppeninteressen) vertretende, reale Potentiale berücksichtigende, auf Sicherung und Entwicklung (nicht Stagnation) orientierte, die Anforderungen an neue Entwicklungen berücksichtigende Betrachtungen.

Den Fokus nur auf eine Fassade dieser Faktoren zu richten, bedeutet eben keine Nachhaltigkeit der Entwicklung. Daraus resultieren letztendlich Verzerrungen, die im Ergebnis das Gegenteil dessen bewirken können, von dem was gewollt war. Nachhaltigkeit heißt, so zu leben, dass mit allen Folgen, die unser Handeln als Menschheit verursacht, die Wirkungen auf das ökologische Gefüge der Erde möglichst gering gehalten sind (es zu vermeiden, geht nur durch Ausrottung der Menschheit). Dabei sind aber gleichzeitig die existenzsichernden ökonomischen Faktoren zu betrachten um ein wirklich soziales Leben für alle zu sichern.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen nicht geeignet sind, die globalen Probleme der Menschheit zu lösen. Die gegenwärtigen Strukturen sind geprägt von den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Will man daran etwas ändern, dann sollte man das auch so sagen.

Wenn man der Meinung ist, dass es mit den bestehenden Produktionsverhältnissen nicht möglich ist den Anforderungen, die die Klimaveränderungen an die Menschheit stellt, gerecht zu werden, dann wäre das m. M. ein Diskussionspapier zu Alternativem Denken und Leben wert. Aber bitte nicht mit den Methoden der chinesischen Kulturrevolution (jedem sein eigenes Kraftwerk)

Nun zu einigen Punkten im Diskussionspapier:

Generell gilt: In diesem Papier werden in plakativer, propagandistischer und z.T. demagogischer Art und Weise Fakten aneinander gereiht ohne Nachweis ihres Wahrheitsgehaltes zu erbringen.

Das Papier wird damit für kritische Betrachter unglaubwürdig. Nur beispielhaft sei genannt:

1. „Die Erde heizt sich auf“ - das ist falsch, da nachgewiesenermaßen unsere Erde immer kälter wird und dies seit 5 Mrd. Jahren.
 2. Es wird ständig davon geredet, dass der Klimawandel durch den Menschen hervorgerufen wird. Welche Überheblichkeit! Klimawandel findet ebenfalls seit 5 Mrd. Jahren statt. Die Einflussfaktoren auf ihn haben sich z. T. geändert bzw. sind andere geworden.
 3. Es wird völlig negiert, dass die Menschheit mit zunehmender Zivilisationsstufe die Grundregeln der Besiedlung unserer Erde missachtet hat (zum Großteil gezwungenermaßen).
 4. Das Papier blendet globale Entwicklungen fast völlig aus. Der Fokus ist größtenteils auf das Land Sachsen gerichtet
 5. Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Umgang mit der Natur wird praktisch nicht beachtet
 6. Der erreichte Status Quo unserer gesellschaftlichen und Produktivkraftentwicklung wird praktisch als Makel betrachtet, ohne zu beachten, dass alle „Positionen“ und „Handlungsfelder“ des Papiers nur durch eben diesen erreichten Stand andeuten lassen.
- Richtige Ansätze, wie z.B. regionale Wirtschaftskreisläufe, werden durch einseitige Betrachtungen ohne Berücksichtigung der natürlichen Ressourcenverteilung nicht mehr realistisch darstellbar.
- M.E. ist es gerade für eine Partei, die für sich in Anspruch nimmt die Interessen aller Menschen wahren zu wollen und dafür die notwendigen Konzepte zu haben, von besonderer Bedeutung diesen Anspruch nicht dadurch zu verspielen, dass die Glaubwürdigkeit in Frage gestellt wird.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland betrug 2007 ca. 3886 TWh. Die Braunkohle hatte daran einen Anteil von 11,7 %. Ihr Anteil an der Bruttostromerzeugung betrug 24,7%. Gemeinsam mit der Stromversorgung aus Kernenergie (22,2%) bildet der Braunkohlenstrom die Grundlage der Stromwirtschaft Deutschlands. Deutschland verfügt zum anderen über beachtliche Ressourcen an Steinkohle. Diese sind jedoch z. Z. wirtschaftlich nicht gewinnbar. Braunkohle ist der einzige

Energieträger, der zurzeit für eine stabile Energieversorgung in Frage kommt und der auch in Deutschland ausreichend zur Verfügung steht.

Alle derzeit diskutierten Alternativen (Kernkraft wird ja ausgeschlossen) können dem Anspruch an eine stabile und effiziente – auch ökologische - Energieversorgung nicht gerecht werden. Windenergie steht in großem Umfang, aber zeitlich extrem instabil zur Verfügung. Solarenergie ist z.Z. vom Wirkungsgrad extrem ineffizient, teuer und steht zeitlich nur sporadisch zur Verfügung (ca. 1200h/a) Biomasse vernichtet die Basis zukünftiger Nahrungsmittelproduktion entzieht flächendeckend dem Boden dauerhaft Nährstoffe und Mineralien. Kleine örtliche Versorgungsanlagen sind nur dadurch „effizient“ weil sie mit riesigen Subventionen versehen werden. Die Einspeisevergütung und die erhobenen Erneuerbare Energien Abgaben verschleiern dies nur. Sie zeigen aber die Dimensionen an. Jährlich 4 Mrd. € dienen nicht der Stabilisierung und Verbesserung der Energieversorgung. Sie werden verwendet, eine Parallelwelt zu schaffen, die dazu führt, dass die Stabilität des Stromnetzes sinkt, umfangreiche Netzerweiterungen (die auch nicht gewollt werden) erforderlich sind und die nicht unbedingt dazu führen, dass die CO2 Emissionen sinken. Zur Sicherung einer stabilen Energieversorgung ist der gleichzeitige Betrieb konventioneller Kraftwerke erforderlich. Auch die Wärme- Kraft- Kopplung funktioniert nur im Winterhalbjahr. Im Sommer greift man auf den Strom der Großkraftwerke zurück. Übrigens, ob Groß- oder „Bürgerkraftwerk“ jedes Kapital soll sich mindestens durchschnittlich verzinsen. D. h. die Renditevorstellungen sind bei jeder Energieversorgungstechnologie dieselben. Durch den Bau vieler kleiner Erzeugungsanlagen steigen die Kosten für das Stromnetz, dass dadurch ständig erweitert werden muss an. Sachsen-Anhalt hat die meisten Windräder und die höchsten Netznutzungskosten. Für den Bürger ist nur dann Versorgungssicherheit gegeben, wenn er 24 h am Tag Strom nutzen kann. Bisher waren wir stolz darauf, dass dies in Deutschland fast 100%ig gesichert wird. Um Kosten zu senken werden nun wieder nur Stickleitungen und keine Ringleitungen mehr gebaut. Bei einem Ausfall sind dann aber keine Lieferungen über anderen Leitungen mehr möglich. Anstatt also auf massenhaft ineffiziente (volkswirtschaftlich betrachtet) und damit auch unökologische Kleinanlagen zu setzen, ist nach wie vor die Konzentration auf moderne Großanlagen mit den für ihre Technologie höchsten ökologischen Ansprüchen sinnvoll.

Die Tatsache, dass staatsmonopolistische Strukturen auf Preise durchschlagen, kann man nicht den Wirkenden anlasten, (diese agieren auf einem kapitalistischem Markt), sondern der Politik, die sich aus ihrer Versorgungsverantwortung zurückgezogen hat.

Diese Großanlagen können, denn das ist ökologisch sinnvoll nur dort stehen, wo auch die Ressourcen für ihren Betrieb vorhanden sind. Und das sind bei der Braunkohle nun einmal Sachsen, Sachsen – Anhalt, Brandenburg und NRW und nicht Bayern oder Baden- Württemberg.

Eine Umweltpolitik nur für ein kleines Fleckchen unseres Planeten zu erstellen ist zur Lösung unserer Probleme völlig ungeeignet und führt auch ökologisch in ein Desaster. Eine wirklich alternative Energiepolitik kann nur in einem Ausbau aller sich bietender Potentiale für eine neue nachhaltige Energieversorgung liegen. Nutzung von Wind, Sonne, Erdwärme und z. T. auch Biomasse, dort wo es territorial sinnvoll ist. Stabile Versorgung durch hochmoderne Großkraftanlagen zur Sicherung des Grundbedarfs an Energie. Elektroenergie muss auch für einen Hartz IV – Empfänger bezahlbar bleiben!

Auch für die sogenannten alternativen Energieversorgungsanlagen sind endlich ganzheitliche Modelle und Berechnungen ihrer ökologischen Wirkung zu erstellen. Windanlagen beeinflussen durch Lärm und ständigem Wechsel von Licht und Schatten die Umwelt. Solaranlagen haben, sofern nicht auf Dächern installiert einen riesigen Flächenverbrauch im Verhältnis zur Ausbeute. Biomasseanlagen verbrennen Ressourcen, die für die Ernährung der Menschheit von vorrangiger Bedeutung sind! Ihre CO2- Bilanz wird „schöngerechnet“. Bergbau ist die erste Stufe der Wertschöpfung. Auf diese zu verzichten bedeutet in den meisten Fällen auch Verzicht auf weitere Verarbeitungsstufen. Das Eisenerz für den Stahl der Windräder kommt aus Tief- und Tagebauen. Zur Stahlschmelze ist Elektroenergie erforderlich. Diese stammt aus kontinuierlich arbeitenden Erzeugungsanlagen (z.B. Kohlekraftwerken).

Heute zu fordern, dass keine Tagebaue mehr aufgeschlossen werden, heißt auf Rohstoffversorgung zu verzichten! Dass man damit nicht sehr weit kommt zeigt die Resonanz auf das Volksbegehren gegen Tagebaue in Brandenburg. Rohstoffe wie Braunkohle können wirtschaftlich sinnvoll nun einmal nur im Tagebau gewonnen werden. Nachhaltige Politik heißt auch die Erkundung und Erschließung von Rohstoffvorkommen zuzulassen. Forderungen die Beeinflussung der regionalen Ökosysteme und Nachteile für die betroffenen Menschen sind dabei völlig legitim. Die Ausnutzung einmal erschlossener Lagerstätten zu begrenzen und dadurch Rohstoffressourcen zu vernichten ist gerade unter ökologischen Gesichtspunkten nicht zu akzeptieren. Ich kann den Thesen von Peter Paul, Helga Frenzel und Eckehard Franz nur zustimmen und bitte darum in Sicht auf bevorstehende Wahlen mit Realismus notwendige Veränderungen unserer Lebensweise zu diskutieren.

Bernd-Uwe H.